

Zeiten der Studentenbewegung vor bald zwanzig Jahren.

Es war in Göttingen, wo „ein Mescale-ro“, studentischer „Stadtindianer“, eine „klammheimliche Freude“ über den gewaltsamen Tod des Generalbundesanwalts Siegfried Buback nicht verhehlen „konnte und wollte“ – was den Staat fast mehr schüttelte als das Buback-Attentat.

Von Göttingen aus agiert seit einem Jahrzehnt ein „Arbeitskreis gegen Atomenergie“. In Göttingen sammeln sich die schwarzledernen Autonomen der jüngsten Kämpfergeneration. Und der parlamentarische Flügel der Bewegung, die „Grün-Alternative Liste“ (GAL), profitierte von den außerordentlichen Zuständen mit 14,2 Prozent der Stimmen bei der Kommunalwahl im Oktober dieses Jahres.

All das zusammen ergibt, so der grüne Landtagsabgeordnete Jürgen Trittin aus Göttingen, „eine entfaltete linke Struktur“, die „vom arbeitslosen Jugendlichen und vom Lumpenproletariat bis zum etablierten Zahnarzt reicht“.

Und immer wieder neu belebt wird das Unruhepotential, weil den städtischen Politikern, außerstande, die kommunalen Mißstände anzupacken, nichts anderes einfällt, als dauernd ihre Polizei auf die Szene zu schicken, was die Konfrontation abermals verschärft. „Ein ständiger Kraftakt“, sagt Polizeichef Will dazu. „Ein Gefühl permanenter Überwachung“, empfindet Trittin.

Wenn da ein Funke mal wieder zündet, hüpfen bei Demos die Freaks auf der Stelle, skandieren im Rhythmus „Haß, Haß, Haß“ und haben sich ihren Reim gemacht: „Göttingen, Bullenstadt, wir haben dich zum Kotzen satt.“

Den Ruf hat Göttingen spätestens weg, seit die Polizei vor vier Jahren ihr Spurendokumentationssystem „Spudok“, das nur bei schwerer Kriminalität angewendet werden soll, als Raster über die Stadt legte und alles registrierte, was sich bewegte – polizeilicher Funkspruch: „Mit ziemlicher Sicherheit kommen jetzt durch den Durchgang hier bei Karstadt drei Typen. Der eine ist so ein Schweinsgesicht, Bartträger, so halbe Chaotentyphen.“

Ruhe verschafft der Stadt auch Spudok nicht, im Gegenteil. Es kam zu immer ruppigeren Auseinandersetzungen, zuletzt bis hin zu Vorfällen, „da wäre sogar die Situation gewesen, um Schußwaffen einzusetzen“, wie Hans-Peter Mahn, Chef der Abteilung „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ im niedersächsischen Innenministerium, dem Innenausschuß des Landtags schilderte. Wie lange das seinen Polizisten noch zuzumuten sei, wollte Mahn wissen und verlangte „Razzien nach SOG“, dem Gesetz dafür.

Das war am 26. November. Fünf Tage später war Razzia im „Juzi“. Hartwig Fischer, CDU-Landtagsabgeordneter aus Göttingen und Generalsekretär seiner Partei im Lande, setzt auf solche



**Brandt-Gegner Siegerist\*, Siegerist-Inserat (u.):** „Massensendung nie gekannter Größe“

Staatsgewalt: „Die müssen wissen, daß sie nicht risikolos agieren dürfen.“

Die Eskalation ist absehbar. In der Nacht nach der „Juzi“-Besetzung kam ein neuer Schlachtruf auf in Göttingen: „Bullenterror hin, Bullenterror her, wir werden trotzdem immer mehr.“

## WAHLKAMPF

### Einzelne Strolche

**Mit massiven Schmutzkampagnen wollen Konservative in den Bundestagswahlkampf eingreifen.**

In der bescheidenen Wohnung des Lübecker Justizvollzugsbeamten Günter Kuhlmann, Mozartstraße 13, melden sich immer mal wieder Besucher mit bohrenden Fragen nach deutscher Vergangenheit. Doch Sozialdemokrat Kuhlmann, Jahrgang 1928, kann über die Weimarer Kampfjahre der Genossen aus eigener Anschauung nichts, über Widerstand und Nazis nur wenig erzählen.

Den Rechercheuren erscheint er gleichwohl interessant: Er ist der Halbbruder des fast 15 Jahre älteren Herbert Frahm, den die Sozialistische Arbeiterpartei im April 1933 mit dem Fischerboot TRA 10 von Travemünde nach Oslo schmuggeln ließ und für seine Mission im Widerstand einen berühmten Kampfnamen verpaßte – Willy Brandt.

Den letzten einschlägigen Besuch erhielt Kuhlmann Anfang Oktober. Einer der drei Herren wies sich mit einer Visitenkarte als „Joachim Siegerist (Journalist)“ aus, er war in Begleitung eines jungen Mannes namens Michael

\* Bei einer Aktion an der Berliner Mauer 1983.

### Dringend gesucht!

Verwandtschaft oder Bekannte von  
**EMIL KUHLMANN**  
(geb. 11. 7. 1880, gest. 31. 3. 1969)  
und seiner Frau **MARTHA**  
(geb. 16. 3. 1894, gest. 3. 8. 1969)  
P 4259 oder Telefon 0 40 / 2 20 35 48

Stange und des Photographen Uwe Hempten. Er wolle ein Buch über bekannte Lübecker schreiben, gab Siegerist laut Kuhlmann vor, und interessierte sich vor allem für Kuhlmanns Eltern, alte Sozialdemokraten. Über Willy Brandt, schilderte Kuhlmann den Beginn der Unterredung, brauche man „gar nicht erst zu sprechen, denn das könne man ja überall nachlesen“.

Die Runde klönte dann doch knapp eine Stunde lang über alte Zeiten und Halbbruder Brandt. Zum Schluß ließ Kuhlmann dem Trio 19 Familienphotos und einen Zeitungsartikel aus, wofür er zu seiner Überraschung gegen eine Quittung und einen Zettel mit der Überschrift „Vertrag“ 2000 Mark Honorar erhielt. Dann verschwanden die Besucher auf Nimmerwiedersehen.

Was Kuhlmann damals nicht wußte: Siegerist, Stange und Hempten gehören dem Vorstand des beim Hamburger Amtsgericht unter der Nummer 11049 eingetragenen Vereins „Die Deutschen Konservativen“ an, einer rechtsextremen Abspaltung von der „Konservativen Aktion“ des ZDF-Moderators Gerhard Löwenthal.

Der rechte Klub, Vereinsadresse ist ein Postfach in Jork bei Hamburg, hetzt gegen „fanatische Juden in Israel und einzelne Strolche im Jüdischen Weltkongreß“, „gegen die Überflutung Deutschlands durch Ausländer (besonders Wirt-

schaftsasyllanten)“ und eine angeblich bevorstehende „Koalition zwischen Rot und Grün“. Siegerist: „Das wäre der Untergang Deutschlands.“

Unter Führung von Siegerist und Stange versuchen „Die Deutschen Konservativen“, eine neue Sammlungsbewegung rechts der Union auf die Beine zu stellen: Vorgespräche über einen gemeinsamen Kongreß mit den „Republikanern“, die bei der Bayern-Wahl drei Prozent bekamen, und der kleinen „Deutschen Zentrumspartei“ seien, so Siegerist, bereits im Gang. Sein Verein will mit „einer Massenaussendung nie gekannter Größe“ und großflächigen Zeitungsanzeigen „in massiver Form auf die Bundestagswahlen Einfluß nehmen“ – eine „Wahlempfehlung zugunsten der CDU“ werde es jedoch nicht geben.

Im Mittelpunkt des rechten Kreuzzugs steht die Wiederholung einer beispielsweise Schmutzkampagne gegen den SPD-Vorsitzenden. Den Plan hatte Siegerist, vormals im Springer-Verlag Chefreporter der „Hörzu“, schon Anfang des Jahres ausgeheckt. Im Januar kündigte er intern an, er wolle die „abgeänderte Neuauflage“ eines alten CSU-Rotbuches gegen Brandt verbreiten. Ihm liege „die Nachdruck-Genehmigung“ vor, das Ganze dürfe allerdings „nicht nach einer ‚alten Klamotte‘“ riechen.

Doch das Werk, mit dem die CDU in einer ersten Fassung 1961 und die CSU zum letztenmal 1976 Stimmung gegen den Emigranten Brandt gemacht hatte, erschien weder, wie angekündigt, im Frühjahr noch im Herbst. Die CSU bestreitet, dem Journalisten Siegerist die Rechte an der Schrift überlassen zu haben. Und wegen eines Rundbriefs zur Veröffentlichung der „schonungslosen Wahrheit“ über den „Vaterlandsverräter“ Brandt brach zwischen den alten Kameraden Löwenthal und Siegerist ein haßerfüllter Krieg aus (SPIEGEL 28/1986).

Siegerist pöbelte über das „ZDF-Großmaul“ Löwenthal. Der konterte, Siegerists Spenden-Bettelbriefe zur Finanzierung des Brandt-Buches grenzten an Hochstapelei und seien „ein Täuschungsmanöver“. Nichts an der angekündigten schonungslosen Wahrheit, so Löwenthal weiter, „kann neu sein. Meines Wissens wurde alles bereits in den siebziger Jahren publiziert“.

Wohl wahr. Für Siegerists Recherchen gibt es eine Vorlage: einen „offenen Brief“, mit dem der ehemalige Gestapo-Mann und Kriminalobersekretär August Naujock im Bundestagswahlkampf 1972 das deutsche Publikum beglückt hatte. Brandt habe, so behauptete damals der greise Naujock, „am 31. Januar 1933 in Lübeck in der Hundegasse“ bei einer nächtlichen Keilerei zwischen Sozialdemokraten und SA-Leuten dem Zivilisten Willi Meinen „von hinten ein Klappmesser in den Rücken“ gejagt. Meinen sei sofort tot gewesen, deshalb habe Brandt ins Ausland fliehen müssen.

Unionsfunktionäre schossen mit der willkommenen Wahlkampfmunition, doch bald schon mußten sich die Christdemokraten distanzieren. Naujock, so stellte sich heraus, war „wegen krankhafter Störung der Geistestätigkeit“ durch Beschluß des Landgerichts Hamburg (4713 64-1941 KNS 1-64) 1964 in die Heilanstalt Ochsenzoll eingewiesen und 1966 bedingt entlassen worden. Jahrelang bombardierte er dann allerlei Politiker mit krausen Beschuldigungen; dem damaligen Minister Horst Ehmke schrieb Naujock, der Kanzler trage Verantwortung für Morde mit geheimen Todesstrahlen.

Von den Vorwürfen Naujocks stimmte nichts. Das NSDAP-Mitglied Meinen war bereits am frühen Morgen des 31. Juli 1932 Ecke Hundestraße/Tunkenhagen getötet worden, als Täter standen



Emigrant Brandt (1940)\*: Flucht mit TRA 10

die Reichsbanner-Mitglieder Kaehding und Fick vor Gericht; Kaehding soll sich in der Haft das Leben genommen haben. Die Prozeßakten sind zwar in den Kriegswirren verschwunden, doch von der Beteiligung eines Dritten war weder in den umfassenden Gerichtsberichten der Lokalpresse noch in einer detaillierten Lübecker NSDAP-Chronik die Rede.

Auch in der von Naujock angegebenen Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar 1933 wurde ein SA-Mann bei Auseinandersetzungen getötet. Wegen „Raufhandels“ standen der damalige SPD-Reichstagsabgeordnete Julius Leber, der durch Messerstiche im Gesicht verletzt worden war, als „geistiger Urheber“ und der Reichsbanner-Mann Willi Rath als eigentlicher Täter vor Gericht. Rath,

\* In Norwegen.

pensionierter Kriminalbeamter, versicherte 1972 an Eides Statt, Brandt sei bei dem Vorfall weder dabeigewesen, noch habe er davon gewußt.

Der alten Klamotte will Siegerist nun frischen Duft verpassen. In der Lübecker Lokalpresse veröffentlichte er Anfang Oktober mehrere Anzeigen unter Chiffre P 4259, E 4395 und M 4252: „Dringend gesucht“ wurden da etwa „Freunde oder Verwandte von Karl Kaehding“, „frühere Jugend- und Klassenkameraden“ für eine „Biographie über Willy Brandt“ und „Verwandschaft oder Bekannte“ von Brandts Stiefvater Emil Kuhlmann und Mutter Martha Kuhlmann.

„In der Annahme, es suchte uns ein Verwandter“, meldeten sich Brandt-Bruder Günter Kuhlmann und seine Frau bei dem Inserenten Siegerist und verabredeten ein Gespräch. Wenig später griff Siegerist mächtig in die Harfe: Beim Druck des Brandt-Buchs, dessen Manuskripte bei zwei Notaren, zwei Geistlichen und Freunden in der Konservativen Partei Londons hinterlegt seien, habe es eine „sensationelle Wende“ gegeben. Siegerist: „Im letzten Moment hatte sich ein – der Öffentlichkeit völlig unbekannter – Bruder von Willy Brandt gemeldet.“

Pure Sensationsmache: Brandt-Bruder Günter Kuhlmann ist seit langem einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Brandt selbst hat mehrfach über ihn berichtet, zuletzt 1982 in der autobiographischen Schrift „Links und frei“. Kuhlmann selber gab zudem dem Fernsehpublikum vor zwei Jahren Auskunft, in dem ZDF-Dokumentarfilm „Kampfname: Willy Brandt – Stationen im Exil“ (SPIEGEL 35/1984). Er berichtete, nach Brandts Abtauchen habe die Gestapo „das ganze Haus auseinandergenommen“. Mutter Martha sei mit der Flucht ihres Sohnes, eines stadtbekanntes und

deshalb bedrohten Sozialisten, einverstanden gewesen. Kuhlmann: „Es gab keine andere Lösung.“

Mehr weiß Kuhlmann, damals ein Knabe von vier Jahren, auch nicht beizutragen. Dennoch behauptete Siegerist, er sei von dem Brandt-Halbbruder „auf neue ‚Fährten‘ gesetzt“ worden und habe ihm „fünf knallharte Fragen gestellt“ – unter anderem zum Mordfall Meinen, nach Brandts Fluchtgründen und seinem leiblichen Vater. Kuhlmann bestreitet jedoch, etwas Neues erzählt zu haben: „Ich habe ihm nichts gesagt, was ich nicht schon oft gesagt habe und was überall nachzulesen ist.“

Als Siegerist trotzdem immer neue Enthüllungen ankündigte, versuchte Kuhlmann über seine Hamburger Anwälte vergeblich, eine Unterlassungserklärung zu erwirken und die 2000 Mark Honorar zurückzuerstatten. Der Fall lan-

dete vor einer Zivilkammer des Hamburger Landgerichts. Dort beteuerte Siegerist am Freitag voriger Woche scheinheilig, es könne nicht die Rede davon sein, daß er über Brandt Schmutz und Dreck ausschütten wolle. Einige Freunde hätten sein Buchmanuskript gar mit den Worten getadelt: „Das ist ja schon fast zu objektiv.“

Die Kammer jedoch verbot ihm und seinem Verein, weiter unter der Überschrift „Der Bruder von Willy Brandt packt bei Joachim Siegerist aus“ seine „fünf knallharten Fragen“ zu verbreiten – von Auspacken könne ja wohl nicht gesprochen werden. „Unter Protest gegen die Kosten“ nahm Siegerist an.

Da wird der Vereinschef, der dem SPIEGEL vorige Woche jegliche Auskunft verweigerte, wohl noch einiges mehr umschreiben müssen, wenn er den CSU-Ladenhüter „Rotbuch – Wer ist Willy Brandt“ aufpöppelt und „in Millionenhöhe in Schulen und Fabriken“ verteilen lassen will. So wurde dem SPD-Vorsitzenden in der Kampfschrift aus München auch vorgehalten, er habe sich „mit dem sozialistischen Volksfrontapostel und Hetzer gegen die Bundesrepublik Deutschland, Mitterrand, verbündet“. Mit dem französischen Staatspräsidenten hält der christdemokratische Bundeskanzler Helmut Kohl inzwischen Händchen.

## VERFASSUNGSSCHUTZ

### Der dritte Mann

**Neue Variante im Mordfall Schmücker: Ein V-Mann will kein V-Mann gewesen sein.**

Am Donnerstag vergangener Woche kam im Rechtsausschuß des Berliner Parlaments noch einmal der Feme-Mordfall Schmücker zur Sprache. „Wie die Beteiligung des Verfassungsschutzes am Tod des Ulrich Schmücker aussah“, wollte die AL-Abgeordnete Renate Künast „nun endlich“ wissen.

Doch das kam auch in dieser Sitzung nicht heraus, nicht einmal andeutungsweise. Justizsenator Rupert Scholz teilte lediglich mit, der Vorgang sei noch nicht abgeschlossen. Und der eigens hinzugebetene Innen-Staatssekretär Wolfgang Müllenbrock gab „keine Erklärung zu dem Problemkreis“ ab.

Die Resonanz paßte zum bislang gedämpften Echo bei Behörden und Politikern auf die Enthüllung im SPIEGEL (40/1986): Der Geheimdienst sei in die Sache verstrickt gewesen und habe unmittelbar nach dem Mord – der Terrorist Schmücker war in der Nacht vom 4. zum 5. Juni 1974 von einem Kommando „Schwarzer Juni“ als „Verräter“ im Grunewald „hingerichtet“ worden – die Tatwaffe beiseite geschafft.

Die Staatsanwaltschaft leitete einen Überprüfungsvorgang ein, den sie bis

heute ergebnislos pflegt. Die SPD-Opposition, die zunächst „rückhaltlose“ Aufklärung gefordert hatte, hielt nichts von der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, begnügte sich mit der einen oder anderen kleinen Anfrage und dem Schimpf-Wort ihres Chefs Walter Momper: Volksvertreter seien „der Arroganz des Senats hilflos ausgeliefert“.



Als wir den VM in November 1972 warben, war er als Sekküler tätig. Er war zwar noch nicht straffällig geworden oder besser gesagt, man hatte ihn noch keine Straftat nachweisen können, er lebte aber in einem eindeutig kriminellen Milieu. Er war in seiner Umgebung als nicht nennenswert bekannt. Er wurde allgemein, selbst von den Terroristen respektiert, die Wolfenburger fürchteten ihn bis zu einem gewissen Grade, fühlten sich jedoch in seiner Gegenwart andersseits sicher und geborgen. Er war für sie der Fachmann! Er stammte aus gut bürgerlichen Eltern - Professorensohn. Er hatte in der Schule Schiffbruch erlitten und nie einen normalen Beruf ausgeübt. Politisch hatte er allerdings mit den Terroristen nichts im Sinn. Und so hatte er sich bei der Polizei gemeldet, als er von einer Terroristin auf Waffenbeschaffung angesprochen worden war. Er galt in kriminellen Kreisen als Verfassungsspezialist. Die Polizei hatte ihn seinerzeit uns übergeben, und wir haben ihn dann in selber und geduldiger Arbeit angeheut und in die terroristische Szene hineingespielt. Ihn selbst machte diese Arbeit Spaß. Wahrscheinlich war es die Abenteuerlust. Inwiefern waren allerdings auch versteckte Anzeichen dafür erkennbar, daß er hier eine Gelegenheit sah, sich vor sich selbst zu rehabilitieren. In allgemeinen folgte er den Anweisungen, nur fand er uns häufig viel zu lässlich und hatte für rechtstaatliche Bedenken nicht das geringste Verständnis. So gingen unsere Befürchtungen auch nur in diese Richtung. Hatte der VM Möglichkeiten durch einen Alleingang den großen "Schlag" landen wollen, von dem er immer geträumt hatte?

**V-Mann Weingraber, Zachmann-Text**  
„In die Szene hineingespielt“

Das für die Angelegenheit zuständige Regierungsglied, der CDU-Innensenator Wilhelm Kewenig, sah sich von vornherein nicht veranlaßt, „Einzelheiten irgendwelcher Art“ zu offenbaren, „nur weil ein gespickter Schreiber Enthüllungsjournalismus übt“. Er könne doch nicht „das Leben von Mitarbeitern und die Arbeit des Verfassungsschutzes“ gefährden, schrieb Kewenig später an den SPIEGEL; der solle es sich „verkneifen“, ein „aus übergeordneten Gründen gebotenes Schweigen als Täuschung zu qualifizieren“.

Sein Schweigen brach hingegen, vermutlich von den Verteidigern im Schmücker-Verfahren animiert, ein ganz besonderer Sachkenner – Volker Weingraber Edler von Grodek, jener V-Mann des Berliner Verfassungsschutzes, der nach SPIEGEL-Darstellung die Mord-

waffe in der Tatnacht als erster in Empfang genommen hatte.

Unter dem 31. Oktober dementierte Weingraber, der sich fernab von Berlin verborgen hält, nach Angaben von Rechtsanwälten persönlich: Er „habe nie

- ▷ für eine Verfassungsschutzbehörde oder einen anderen Geheimdienst oder die Polizei gearbeitet . . .
- ▷ ein Paket, eine Plastiktüte, geschweige eine Schußwaffe übernommen . . .
- ▷ eine Waffe einem Verfassungsschützer oder einem anderen Beamten übergeben“.

Seine „Fingerabdrücke“ seien natürlich auch nicht „auf der Tatwaffe gewesen“. Und er „fordere den Berliner Innensenator auf“, so Weingraber, die „falschen Behauptungen“ über ihn „zu dementieren“.

Der mochte sich wiederum „zu dem Vorgang nicht äußern“. Und diesmal wirkt Kewenigs Zurückhaltung sogar einleuchtend, denn Weingraber verlangt einfach zuviel. Welche Rolle der V-Mann einst gespielt hat, läßt sich präzise nachzeichnen.

Auf einer „Amtsleitertagung“ Ende Januar 1975 berichtete der damalige Berliner Verfassungsschutz-Chef Eberhard Zachmann seinen Kollegen ausführlich über die Aktivitäten seines Amtes im Fall Schmücker. Gleich zu Beginn seiner Darlegungen bat Zachmann, „nichts im Protokoll festzuhalten“ und die „Einzelheiten“ selbst den „engsten Mitarbeitern“ zu verschweigen.

Doch der Geheimdienstler befürchtete offenbar, selber den Faden zu verlieren beim Vortrag über zahlreiche Details und verwobene Zusammenhänge. So hielt er sich vorsorglich an ein umfangreiches Manuskript – und das ist bis heute erhalten.

In diesem Papier ist zwar stets nur vom „VM“, dem V-Mann, die Rede. Doch dessen Umtriebe werden so eingehend geschildert, daß der „VM“ mühelos als Weingraber zu identifizieren ist. Vor allem jedoch mußte Zachmann reichlich Biographisches einbringen über den Spitzel, „damit Sie das verstehen können“, wie er den Kollegen sagte.

Diese Angaben zur Person – vom Elternhaus mit Ortsangabe und Beruf des Vaters („Professorensohn“) über verpatzte Schulbildung bis zum Vorleben im kriminellen Milieu („Zuhälter“, „Waffenspezialist“) – beschreiben unverwechselbar den Edlen von Grodek.

Und das weiß auch die Polizei. Denn die „hatte ihn uns seinerzeit übergeben“, berichtete Zachmann, bevor er von „November 1972“ an vom Verfassungsschutz